

PARLAMENTSREDE von Jochen Esser, MdA – finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 17. Wahlperiode, 19. Sitzung, 25. Oktober 2012 zum Thema: Neuordnung der BIH und Aufhebung des Risikoabschirmungsgesetzes - 2. Lesung

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich gestehe, ich finde, es ist heute eine etwas gespenstische Sitzung. Während da draußen die Folgen des Flughafenskandals langsam aber sicher auf Herrn Schwarz und Herrn Wowereit zurollen, wollen hier im Saal einige Leute aus Regierung und zu meiner Überraschung auch aus der Opposition die Konsequenzen auf die lange Bank des Untersuchungsausschusses schieben, um sich über die Ziellinie der Bundestagswahl zu retten. Ich sage Ihnen: Das ist eine Wette, die nicht aufgehen wird. Herr Meyer, denke ich, hat das richtig erkannt.

Danach wurde heute das Stück aufgeführt: Gebt uns 650 Millionen Euro, und wir senken dafür durchgreifend die Wasserpreise. Auch das ist – wie die Debatte meiner Ansicht nach gezeigt hat – eine Wette, die so nicht aufgehen wird.

Und jetzt heißt die dritte Theateraufführung des Tages: Gebt uns 740 Millionen Euro, und die Risikoabschirmung ist beendet. Auch das ist nur Theaterdonner.

Denn die Risikoabschirmung wird mitnichten aufgehoben. Ein Blick in das neue Gesetz genügt: Nach § 1 übernimmt das Land Berlin weiterhin eine Kreditgarantie in Höhe von 3,8 Milliarden Euro für die nach zehn Jahren noch vorhandenen Kredite. Nach § 2 übernimmt das Land Berlin eine Insolvenzgarantie für die berlinovo-Tochter LPFV. Hinter dieser Insolvenzgarantie verbirgt sich im Kern die alte Mietgarantie an die Fonds in Höhe von heute 5 Milliarden Euro, die nach zehn Jahren Risikoabschirmung noch offen sind. Das heißt, die alten 21 Milliarden Euro werden praktisch durch 3,8 Milliarden Euro und 5 Milliarden Euro ersetzt, für die wir nach wie vor einstehen müssen.

Für diese Veränderung ohne durchschlagende Wirkung werden aus meiner Sicht und wohl auch aus der Sicht der anderen Oppositionsfraktionen drei – ich würde sagen – Tabus, die das Parlament bisher errichtet hatte, gebrochen.

Der erste Punkt ist, dass uns die alte Regierung aus SPD und Linkspartei über Jahre versprochen hat, die Risikoabschirmung nicht teurer werden zu lassen als die 4,6 Milliarden Euro, die wir aus dem Bankerlös in einer Rücklage hatten. Die neue Regierung sagt jetzt: Wir belasten jedenfalls in diesem und in dem nächsten Jahr den Haushalt. Wir gehen insgesamt auf 5 Milliarden Euro hoch, die wir in die Risikoabschirmung schütten. Dieses Versprechen des Senats über Jahre wird heute gebrochen. Wenn Sie das für notwendig halten, dann stimmen Sie diesem Vorschlag des Senats zu. Wenn Sie das nicht machen wollen, dann stimmen Sie für den Entschließungsantrag der drei Oppositionsfraktionen.

Das zweite Tabu, das hier gebrochen wird, ist, dass sich unter der Hand – das kann man in dem Text nachlesen – die Garantie, die wir übernehmen, auf das neue Geschäft ausweitet. Bisher hatten wir eine Formulierung, die neues und altes Geschäft in den Fonds ganz deutlich trennt. In Zukunft wird man das nicht mehr auseinander halten können. Wenn Sie das wollen, stimmen Sie für den Gesetzentwurf des Senats. Wenn Sie das nicht wollen, stimmen Sie für den Antrag der drei Oppositionsfraktionen.

Der dritte und wichtigste Tabubruch ist, dass die vor allem vom Parlament gewünschte, unabhängige Kontrollinstanz, die Gesellschaft BCIA, ersatzlos abgeschafft wird. Ab sofort kontrolliert die BIH sich selbst, und das Parlament hat in dieser hoch komplexen und hoch komplizierten Angelegenheit das Hilfsmittel, das wir bisher hatten, nicht mehr zur Verfügung. Wenn Sie das richtig finden, weil das 3 Millionen Euro im Jahr spart, dann stimmen Sie dem Vorschlag des Senats zu. Wenn Sie das falsch finden und sagen, dieses Recht geben wir nicht auf, dann müssen Sie die Senatsvorlage ablehnen und für den Antrag der Opposition stimmen.

Alles in allem verlangen Sie von uns heute, mit 740 Millionen Euro in Vorleistung zu gehen, in der Hoffnung, dass die 2 Milliarden Euro Verluste, die Sie prognostizieren, damit von der BIH und vom Land Berlin abgegolten werden können. Es bedurfte des Rechnungshofs – und das macht uns als Parlamentarier misstrauisch gegenüber den Aussagen des Senats –, darauf aufmerksam zu machen, dass der Senat auch Szenarien besitzt und gerechnet hat, dass die Verluste auf bis zu 3 Milliarden Euro

ansteigen können. Das würde bedeuten, dass der Haushalt wieder in Anspruch genommen wird.

Im Ergebnis liegt hier ganz ähnliche Sache wie vorhin beim Wasser. So, wie Sie die Wasserverträge nicht verändert können, ohne ein Ergebnis mit Veolia zu erzielen und deshalb Ihre 650 Millionen Euro für den RWE-Anteil auf Sand gebaut sind, so ist das auch hier.

Eine wirkliche Schadensminderung, eine wirkliche Freiheit, wie Sie sie angekündigt haben im Umgang mit den Immobilienbeständen der BIH, werden Sie nicht durch irgendwelche Modelle, nicht durch 740 Millionen Euro und nicht durch Gesetzesänderungen bekommen. Der Weg zum Erfolg führt einzig und allein über eine schiedlich-friedliche oder meinetwegen streitige Lösung mit den verbliebenen Fondszeichnern . So lange eine derartige Lösung nicht vorhanden ist, bleiben Sie in der Frage, die Fonds aufzulösen, blockiert, und in der neuen Welt, von der Sie reden, nicht angekommen.

Die Resolution der Oppositionsfraktionen beschäftigt sich genau mit den Kernproblemen der BIH: Sie sagt, lass uns über Schadensminderung, lass uns über Unternehmensstrategien nach vorn diskutieren, lass uns über den Maßnahmeplan, die Verhandlungsstrategie zur Neuordnung und Liquidation der Fonds diskutieren. Und sie sagt, lass uns über die Ausstiegsszenarien aus dem Immobilienportfolio diskutieren. Denn da wird sich überhaupt erst erweisen, ob die Immobilien die Kredite decken oder nicht.

Alle diese Inhalte kommen in Ihrer Beruhigungsspiel gar nicht vor. Deswegen nehme ich insbesondere diesen Antrag als irgendeinen Herbst der Entscheidungen und Großprojekte überhaupt nicht ernst. Die Bühne, auf der das entschieden wird, ist nicht hier der Sal sondern die Auseinandersetzung mit den 5 Prozent Zeichnern, die noch vorhanden sind.

Aus all den genannten Gründen bitte ich das Parlament, dem Senat nicht zu folgen, sondern Gesetz und Vermögensgeschäft zum Thema BIH abzulehnen.

[Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und den PIRATEN]